

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927**

12.7.1927 (No. 159)

Expedition: Karlsruhe, Friedrichstraße Nr. 14. Fernsprecher: Nr. 953 und 954. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515.

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Kneub, Karlsruhe.

Bezugpreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassembatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Friedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagen über den Inhalt der Zeitung, insbesondere über die Darstellung der Ereignisse, ist die Zeitung verpflichtet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### \* Das Zentrum und die Koalition im Reich

Der Reichstag ist in die Ferien gegangen. Zuvor hat er mit den Stimmen aller Parteien (mit Ausnahme der Kommunisten und Deutschvölkischen) das Kriegsgerätgesetz und das Arbeitslosenversicherungsgesetz angenommen. Bei dieser Abstimmung sind also die Sozialdemokraten und Demokraten mit der Koalition Hand in Hand gegangen. Es ergab sich so das Bild einer erfreulichen Einmütigkeit. Um so schärfer war die Opposition der Minderheit bei der Erledigung der Zollvorlage. Vor allem der Sprecher der Sozialdemokratie hat scharfe Kritik an den Leistungen der regierenden Koalition auf politischem und gesetzgeberischem Gebiet geübt. Die Zollvorlage wurde dann mit Zweidrittelmehrheit angenommen, unter Ablehnung aller Änderungsanträge. Angesichts dieses Ergebnisses wird wohl auch der Reichsrat dem Gesetz weitere keine Schwierigkeiten mehr bereiten.

An der Zollvorlage hatte vor allem die Deutschnationale Volkspartei ein lebhaftes Interesse. Wenn auch die übrigen Koalitionsparteien mitamt der Reichsregierung sehr entschieden für die Notwendigkeit einer Zollerhöhung auf Kartoffeln, Zucker und Schweinefleisch eingetreten sind, so weiß man doch zur Genüge, daß es die Deutschnationalen bzw. die Landbündler gewesen sind, die diese Zollerhöhung forderten. Die Deutschnationalen dürfen also vom Standpunkt ihrer Interessen aus mit dem Ergebnis der Reichstagsession und mit dem Funktionieren der regierenden Koalition zufrieden sein. Dafür haben sie auf rein politischem Gebiet manches Opfer gebracht: sie haben der Verlängerung des Republikstufengesetzes, der Kontrolle der Schleifung der Ostbefestigungen und dem Kriegsgerätgesetz zugestimmt, obwohl es sich dabei um Dinge gehandelt hat, für die sie früher gar nicht zu haben waren. Aber der materielle Vorteil, wie er durch die Zollerhöhungen geboten wird, erschien ihnen offenbar wichtiger, als die Vertretung politischer Überzeugungen.

Saben sonach die Deutschnationalen den Preis, um dessen willen sie sich an der Koalition beteiligten, nämlich die Zollerhöhungen, gewonnen, so kann man ähnliche Erfolge auf Seiten des Zentrums nicht verbuchen. Und es ist begreiflich, daß das Zentrum und seine Reichstagsfraktion über diese Entwicklung nicht erfreut sind. Das Reichsschulgesetz, auf dessen Erledigung es vor allem dem Zentrum ankam, ist noch nicht einmal im Entwurf an den Reichstag und den Reichsrat gelangt. Und die Zweifel des Zentrums, ob es überhaupt gelingen wird, das Gesetz noch in diesem Reichstag unter Dach und Fach zu bringen, sind nur zu begründet. Das Haupthindernis ist in der Haltung der Deutschen Volkspartei zu erblicken.

Die Beamtenbesoldungsreform ist bis zum Herbst hinausgeschoben worden, sie soll ab 1. Oktober d. J. zur Auswirkung gelangen. Ob eine entsprechende Gesetzesvorlage bis dahin vom Reichstag wirklich verabschiedet wird, bleibt jedoch fraglich. Immerhin wissen die Beamten, daß die Besoldungsreform, wenn sie später Gesetz wird, rückwirkende Kraft ab 1. Oktober 1927 erhalten wird. Die Beamten hatten bekanntlich schon eine frühzeitigere Erledigung verlangt. Wenn man auch erwarten darf, daß die Beamten die Argumente der Reichsregierung würdigen werden, so ist doch hier und da mit dem Aufkommen einer gewissen Mißstimmung zu rechnen. Und eine solche Mißstimmung ist für solche Parteien, die viele Beamte zu ihren Anhängern zählen, nicht angenehm. Das gilt ja im vorliegenden Fall für alle Koalitionsparteien. Aber die Deutschnationalen können sich auch hier wieder damit trösten, daß sie die Zollerhöhungen durchgedrückt haben.

Der dem Zentrum angehörende Reichsfinanzminister Dr. Köhler hat mit der von ihm geplanten Reichsfinanzreform gleichfalls nicht vom Fleck kommen können. Er hat selbstverständlich seine Pläne keineswegs aufgegeben, aber auch für ihn war die verflochtene Reichstagsession mit mancherlei Enttäuschungen verbunden. Die Deutschnationalen haben es eben in jeder Hinsicht besser gehabt, als ihr Koalitionspartner, die Zentrumsparthei.

Aus dieser Sachlage heraus sind die letzten Pressefundgebungen der Zentrumsparthei zu verstehen. Mit allem Nachdruck wird in diesen Veröffentlichungen der Beschluß des Reichsausschusses unterstrichen, jener Beschluß, welcher die völlige Handlungsfreiheit der Zen-

trumpartei feiltete. Die Zentrumsfraktion will loyal an der augenblicklichen Koalition festhalten, solange die Voraussetzungen gelten, unter denen sie zustande kam, „aber auch keinen Tag länger“. Für diese Koalition und mit dieser Koalition den Wahlkampf zu führen, fällt jedoch keinem Mitglied der Fraktion ein.“ Die Fraktion ist „keine festere Bindung eingegangen, als sie sich aus jedem Koalitionsverhältnis von selbst ergibt“.

Vedeutam ist der in diesem Zusammenhang ausgesprochene Hinweis auf die Möglichkeit einer Reichstagsauflösung. Eine solche Reichstagsauflösung könnte erfolgen, wenn das vom Zentrum peinlich empfundene Verhalten der übrigen Koalitionsparteien bei der Schulvorlage anhält. Die Auflösung wäre dann, wie die „Germania“ schreibt, der „letzte Anlaß zum Todesurteil über den Reichstag, der nicht mehr instande wäre, eine tragfähige Grundlage für eine Regierung zu schaffen“. Allerdings wird das Zentrum wohl kaum aus der Schulfrage eine Wahlparole machen und sich „nicht unter Außerachtlassung aller anderen wichtigen politischen Gesichtspunkte an die Seite der Deutschnationalen drängen lassen“.

Wie Stegerwald neuerdings in einem Artikel ausgeführt hat, sind die sachlichen Meinungsverschiedenheiten im Zentrumslager nach der letzten Sitzung des Reichsausschusses nicht mehr groß. Man hat sich geeinigt auf der Basis einer Politik der Mitte. Läßt sich eine solche Politik der Mitte im Zeichen der jetzt regierenden Koalition nicht verwirklichen, so wird das Zentrum seine eigenen Wege gehen; es wird die Luft an einer Koalition verloren haben, die ihm eigentlich nur Unannehmlichkeiten und Nachteile gebracht hat.

### Englische Erklärungen über die Frage der Räumung des Rheinlandes

In Erwiderung auf die an die Erklärung Chamberlains sich anschließende Debatte sagte Loger-Rampson im Unterhaus: Was die Räumung des Rheinlandes betreffe, so hat mich der Staatssekretär ermächtigt, zu sagen er bedauere, daß er bezüglich dieses besonderen Punktes nicht ausdrücklich geantwortet habe. Und er teilte mir mit, daß die Frage der Räumung des Rheinlandes in Genf bei der letzten Sitzung des Völkerbundesrates nicht aufgeworfen wurde. Die britische Regierung glaubt nicht, daß es einem nützlichen Zweck dienen würde, wenn diese Frage jetzt erörtert würde. Tatsächlich ist seit Dezember 1926 eine beträchtliche Herabsetzung der Truppen im Rheinlande vorgenommen worden. Die britische Regierung ist aber der Meinung, daß diese Verminderung tatsächlich nicht so weit durchgeführt wurde, wie in der Entscheidung der Völkerbundeskonferenz ins Auge gefaßt wurde. Die Regierung wird fortfahren, ihr Bestes zu tun, um dafür zu sorgen, daß baldige Erfüllung der in der Entscheidung der Völkerbundeskonferenz gelegenen Absichten zustandegebracht wird.

### Kritische Stimmung in Frankreich

WPA. Paris, 12. Juli. Der gestrige Beschluß des Finanz- auschusses der Kammer, die Beamtengehälter rückwirkend ab 1. August 1926 zu erhöhen, erfordert eine Mehrausgabe für das Budgetjahr 1926/27 von 425 Millionen. Finanzminister Poincaré hat sich entschieden geweigert, über den Regierungsvorschlag hinauszugehen. Die Lage ist also kritisch. Der Abgeordnete Blum gab dem „Populaire“ die Erklärung, daß wenn ein Teil der durch ihre Niederlage in der Wahlrechtsvorlage bestimmten Opposition sich den Vorkämpfern in der Frage der Erhöhung der Beamtengehälter anschließen sollte, eine Ministerkrisis wahrscheinlich wäre.

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen. Wie der „Matin“ berichtet, sind die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen soweit gefördert worden, daß eine Entscheidung über die Möglichkeit des Abschlusses eines langfristigen Handelsprovisatoriums heute oder morgen fallen werde.

Die französische Heeresvorlage vor dem Senat. Der Senat begann die Beratung des Gesetzes über die allgemeine Organisierung des Heeres, das bereits von der Kammer angenommen worden ist. Nachdem die Senatoren Lebrun und General Girschauer für das Gesetz gesprochen hatten, betonte Kriegsminister Painlevé, daß die Regierung immer mehr ein Bedenken gehabt habe, nämlich, daß die schlimmste Bedrohung für den Frieden Europas die Schwäche Frankreichs sein würde. Der Gesetzesentwurf werde dazu beitragen, ein starkes Frankreich zu schaffen.

Aus dem Bericht des Generalagenten für Reparationszahlungen. Dem Bericht des Generalagenten für Reparationszahlungen über die Einnahmen und Zahlungen im dritten Annuitätensjahr entnehmen wir folgende Posten: Gesamteinnahme der 3. Jahresannuität bis zum 30. Juni 1927: 1 097 863 035,80 (im Monat Juni: 111 551 427,80 RM). Gesamtzahlungen für die Mächte im dritten Annuitätensjahr: 946 819 297,06 (im Juni: 99 389 797,76), davon Zahlungen an Frankreich 463 828 105,53, an England 225 919 472,59, Italien 70 331 431,40, Zahlungen insgesamt: 1 036 460 757,73. Kassembestand am 30. Juni 1927: 154 528 322,88 RM.

### Chamberlain über die englische Außenpolitik

In seiner Antwort auf die außenpolitischen Anfragen im Unterhaus erklärte Chamberlain u. a., es gebe in der auswärtigen Politik Großbritanniens gar kein Geheimnis, und es bestehe keinerlei Verpflichtung noch Zusage, von denen das Unterhaus keine Kenntnis habe. Der Außenminister erklärte erneut, daß die Regierung immer ihre Pläne und Verpflichtungen dem Parlamente unterbreite. Er hob weiter hervor, daß es die Politik Großbritanniens sei, sich mit den ehemaligen Feinden auszuöhnen, jeden Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten unter den Nationen zu beseitigen und Konflikte auf friedlichem Wege beizulegen. Das — erklärte Chamberlain — ist nicht allein die Politik Großbritanniens, sondern auch diejenige von Frankreich und Deutschland und, wie ich hoffe und glaube, diejenige aller beteiligten Regierungen. Völkerbund und Völkerbundsrat sind stärker als vor drei Jahren. Die allgemeine Atmosphäre ist gegenwärtig friedlicher als damals und Bepflegungen der Staatsmänner werden jetzt vom Geiste freundschaftlicher Zusammenarbeit geleitet.

Über die russische Frage sagte Chamberlain: Keine Regierung in Europa steht unter dem falschen Eindruck, daß Großbritannien sich bemüht habe, einen antirussischen Block zu bilden. Deutschland, Frankreich, Italien und jeder Randstaat wisse, daß wir von Anfang an nicht versucht haben, sie in unsere Meinungsverschiedenheiten hineinzuziehen, aber wie haben ihnen allen gesagt, sie brauchten keine Kritik oder Eiferjucht von der britischen Regierung zu befürchten, wenn sie irgendetwas tun könnten, um ihre allgemeinen Beziehungen zu Rußland zu verbessern.

Hierzu führte Chamberlain weiter aus, er sei in Genf von Briand und Dr. Stresemann gebeten worden, die zur Völkerbundeskonferenz gehörigen Mächte und den Vertreter Deutschlands auf sein Zimmer einzuladen. Es sei selbstverständlich, daß er dieser Bitte stattgegeben habe. Er sei auf dieser Zusammenkunft ersucht worden, eine Erklärung über die Gründe abzugeben, die zum englisch-russischen Bruch geführt hätten und sich darüber zu äußern, ob England beabsichtige, den Streit weiterzuführen. Er, Chamberlain, habe die Gründe mitgeteilt, die dem Hause ja bekannt seien, nämlich, daß die Beziehungen abgebrochen wurden, weil sie beiderseitig missbraucht worden seien, daß es eine Gefahr statt eine Garantie für den Frieden bildeten, daß England aber beabsichtige, die Fortsetzung des Handels zu ermöglichen, und daß England nicht daran denke, die Differenzen auf die Spitze zu treiben. Nur eine einzige weitere Frage sei bei dieser Bepflegung noch erörtert worden, nämlich die Ernennung eines Deutschen in die Mandatskommission. Dr. Stresemann wüßte die Lage zu kennen, bevor er sich darüber entscheide, ob er einen formalen Antrag an den Völkerbundsrat stellen solle oder nicht.

Chamberlain kam dann auf die Dreimächtekonferenz zu sprechen. Ich möchte, sagte der Minister, nicht optimistisch sein, als es die Umstände erlauben, aber ich habe keineswegs die Hoffnung aufgegeben, daß die Bepflegungen auf der Dreimächtekonferenz zu einer wesentlichen Verminderung der Rüstungslasten führen werden.

Die Unterhausdebatte selbst war durch eine Rede des Arbeiterparteilers Bonsonby eingeleitet worden. Dieser wandte sich in seinen Ausführungen der Frage der deutsch-französischen Beziehungen, der Lage in Südosteuropa und der russischen Frage zu. Er erklärte u. a.: Locarno scheint nicht zu einer endgültigen Erneuerung der Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich geführt zu haben, man müsse im Gegenteil eine neue Periode gespannter Beziehungen befürchten. Die Opposition wünscht den Standpunkt der Regierung zur Räumungsfrage kennen zu lernen. Bonsonby kritisierte weiterhin in abfälliger Weise die „elefantenhäufige Diplomatie“ gegen Rußland. Er bemerkte alsdann, daß seiner Auffassung nach die Arbeiten der vorbereitenden Abrüstungskommission keine Hoffnung auf Abrüstung und Frieden geben.

In bezug auf die von Bonsonby erwähnte Erklärung Briands über von der französischen Regierung angestrebte Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten zur Abtönung des Krieges zwischen beiden Ländern sagte Chamberlain: Ich glaube, es ist wahrscheinlich, daß solche Verhandlungen stattfinden werden, und ich wünsche ihnen einen guten Verlauf. Was uns selbst betrifft, so hoffe ich, daß zwischen den Vereinigten Staaten und England der Krieg bereits in die Nacht erklärt ist und zwar in den Herzen eines jeden Bürgers der beiden Staaten.

Die deutsche Beschwerde in Brüssel. Über den Stand der deutschen Beschwerde wegen der bekannten Erklärungen des belgischen Kriegsministers De Broqueville über die deutsche Reichswehr erfahren wir folgendes: Die belgische Regierung hat den deutschen Gesandten in Brüssel wissen lassen, daß die in Frage stehenden Erklärungen in der Presse nicht richtig wiedergegeben worden seien. Der authentische Wortlaut der Erklärungen ist bekanntlicherweise in Brüssel noch nicht veröffentlicht worden, so daß eine endgültige Stellungnahme dazu im Augenblick noch nicht möglich ist. Schon jetzt steht aber fest, daß die Äußerungen des belgischen Kriegsministers, wie sie zunächst veröffentlicht wurden, den Tatsachen widersprechen, daß insbesondere die Behauptung einer vertragswidrigen vorzeitigen Entlassung von Reichswehrangehörigen unwahr ist. Die von einem Teil der ausländischen Presse an die ersten Meldungen geknüpften Kommentare sind hierdurch ohne weiteres hinfällig. Die deutsche Beschwerde wird auf diplomatischem Wege weiter verfolgt.

Mit der Beilage: 36. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags





**Dr. Sinsheim (Elsenz), 9. Juli.** Das nach dem Plane und unter Leitung des Regierungsbauamtes Koch, Heidelberg, hier erbaute Festspielhaus wurde mit einer schlichten Feier seiner Bestimmung übergeben. Zugewesen waren Staatspräsident Dr. Frunk, höhere Beamte des Justizministeriums, die Landtagsabg. D. Mayer-Karlruhe und Schmelzer-Heidelberg, sowie Prof. Dr. Gregor, Flehingen und Kreisoberlehrer Dr. Reich, Heidelberg. Staatspräsident Dr. Frunk dankte allen an der Schaffung des Werkes beteiligten Faktoren herzlich und betonte den hohen Wert der karitativen Weiterhilfe nach der Schulentlassung. Dann sprach Landtagsabg. Geheimrat Mayer, der die Einigkeit aller Landtagsparteien hervorhob, wenn es sich darum handle, die Jugend zu fördern.

**Dr. Freiburg i. Br., 11. Juli.** Geheimrat Professor Dr. Himmelsbach begeht in diesen Tagen die Feier seines 75. Geburtstages. Seit 1890, in welchem Jahre er als Privatdozent nach Freiburg überfiedelte, ist er mit der Freiburger Hochschule eng verbunden. Nach vorübergehender Tätigkeit in Darmstadt und Gießen kam er 1896 endgültig nach Freiburg, um die Leitung des Physikalischen Instituts zu übernehmen, bis er sich 1924 von der Lehrtätigkeit zurückzog. Geheimrat Himmelsbach leitete als Rektor die Feier der Grundsteinlegung des neuen Kollegiengebäudes. Seine wissenschaftlichen Verdienste haben überall Anerkennung gefunden.

**Dr. Billingen, 11. Juli.** Eine Besprechung der Gemeindevertreter der interessierten Städte und Gemeinden der Schwarzwaldbahn und der Strecken Billingen—Krossingen und Billingen—Dürrheim befaßte sich mit der Einführung von Triebwagen auf der Schwarzwaldbahn. Man einigte sich dahin, daß die Anteile dem wirtschaftlichen Vorteil entsprechend festgesetzt werden sollen. Die Reichsbahndirektion will die Triebwagen selbst beschaffen und von den sich beteiligenden Städten und Gemeinden eine zweijährige Zinsgarantie verlangen. Die Triebwagen werden nur vierte Klasse mit sich führen. Der Kilometerpreis soll 3 Pf. betragen. Ein Zweierverband, der das nötige Kapital zur Finanzierung des Unternehmens bereitstellen soll, wurde angeregt. Die endgültige Beratung wurde bis zur Vorlage eines neuen Jahresplans durch die Betriebsinspektion Billingen vertagt.

**Nadolszell, 12. Juli.** Die Stadtgemeinde hat mit dem Deutschen Scheffelbund e. V., Geschäftsstelle Karlsruhe, einen Vertrag über die Errichtung eines Scheffelmuseums in dem ehemaligen Hause Scheffels auf der Mettnau abgeschlossen. Ohne die Bestände des Deutschen Scheffelbundes im Schloß zu Karlsruhe dadurch zu beeinträchtigen, wird der Deutsche Scheffelbund aus seinem Archiv im Scheffelmuseum Mettnau-Nadolszell insbesondere Manuskripte und Erinnerungsskizzen aus den letzten Lebensjahren des Dichters, die er in jenem herrlich gelegenen Landtisch am Bodensee verbracht hat, zur Ausstellung bringen.

**Konstanz, 12. Juli.** Die Kapelle der Konstanzener Jäger, Infanterie Regiment Nr. 14, die die musikalische Tradition der ehemaligen Voettge-Kapelle weiterpflegt, hat auf der Internationalen Ausstellung „Musik im Leben der Völker“ vom 1. bis 6. Juli konzertiert. Die Kapelle, die im Ausstellungspark musizierte, fand bei ihren Zuhörern begeisterte Aufnahme. Vor allen Dingen waren es immer wieder die wunderbaren historischen Märsche, die unter allgemeinem Jubel gespielt wurden.

**Bücheranzeigen**

**Bildungssysteme der Kulturvölker.** Von Dr. E. Friedl. (400 Seiten. Geheftet 7 M. In Leinenband 9 M. Verlag Quelle & Meyer, Leipzig). — Nicht nur der Erzieher, sondern auch der Historiker, Theologe und Philosoph wird das Buch mit Genuß lesen und Neues daraus lernen. Vor allem aber ist es zu begrüßen, daß so die Rinde unseres Schrifttums geschlossen wird, denn es fehlte uns bisher vollständig an einer festgegründeten Geschichte des Bildungswesens. Sie wird uns hier geschenkt.

**Die deutsche Reformation.** Von Geheimrat Professor Dr. R. Brandl. 1. Teilband des 2. Bandes der „Deutschen Geschichte“. Herausgegeben von Geheimrat Professor Dr. E. Raftz. (880 Seiten. Geheftet 12 M. In Leinenband 14 M. Verlag Quelle & Meyer, Leipzig). — Die Zeit der deutschen Reformation gleicht in ihren Spannungen, ihren gegeneinander wirkenden Kräften, ihren in den Tiefen aufgewühlten Massen vielfach unserer Zeit. Aber wer das fern Dünkel der Jahrhunderte durchdringen, die ungeheure Kraft jener europäischen Gesamtentwicklung verstehen will, die in der deutschen Reformation ihren erfülltesten Ausdruck fand, der bedarf eines bewährten Führers. Als solcher bietet sich uns in diesem prächtigen Werke der Göttinger Historiker an. Bewundernswert ist seine Objektivität, die gerade die heißumkämpfte Zeit besonders erfordert. Aber Brandl ist nicht nur Forscher, sondern auch Künstler in der Darstellung. Er weiß seine Leser festzuhalten und mitzureißen.

**Der Volksbibliothekar.** Seine Aufgabe, sein Beruf, seine Ausbildung. Im Auftrag der deutschen Zentralstelle für volkstümliches Büchereiwesen herausgegeben von Hans Hofmann. (146 Seiten. Preis geheftet 4 M. Quelle & Meyer, Leipzig). — Dieses Buch, das die Grundlage der volksbibliothekarischen Ausbildung festlegt, ist ein unentbehrlicher Berater für alle, die sich für die eigenartigen Aufgaben der Volksbücherei interessieren.

**Haus und Hausrat, ihre Entfaltung, Bewertung und Erhaltung,** von Hilde Zimmermann. 7. neu und erweiterte Auflage. Mit vielen Abbildungen. (Französische Verlagshandlung Stuttgart. Preis geb. 2.40 M., kart. 3.20 M., in Ganzleinen 4 M.). — Woher kommt mein Hausrat? Wie ist er beschaffen? Wo kauft man ihn billig und vorteilhaft? Wie sorgt man für seine Erhaltung? Auskunft auf alle diese und andere Fragen gibt dieses lebens- und beachtenswerte Buch.

**Der Geist der Aufklärung in der deutschen Dichtung.** Von Oberstudienrat Dr. H. Röhl. 46 Seiten. Steif brosch. 0.60 M. (Verlag von Quelle & Meyer in Leipzig, 1927). — Die in weiten Kreisen bekannte „Deutschkundliche Bücherei“ ist wieder durch vier ausgezeichnete Hefte bereichert worden. Jedes der vier Bändchen bietet trotz des knappen Umfangs eine vorzügliche Einführung in die verschiedenen Abschnitte der deutschen Literatur.

**Deutschkundliche Bücherei.** Eine Sammlung von Hilfsbüchern zur Vertiefung in deutsche Sprache, Literatur und Kultur.

**Die germanische Dichtung in kurzem Überblick.** Von Prof. Dr. Heusler. 41 Seiten. Steif brosch. 0.60 M.

**Gotische und althochdeutsche Sprachdenkmäler.** Von Studienrat Dr. A. Rehring. 55 Seiten. Steif brosch. 0.60 M.

**Das Fremdwort der deutschen Sprache.** Von Studienrat Professor Dr. D. Oppermann. 54 Seiten. Steif brosch. 0.70 M.

**Die Karikatur.** Wie lerne ich sie zeichnen? von Kurt Schalbach mit 100 Illustrationen von Johnson, Beder, Tempelburg und Riega. 192 Seiten. 3.50 M. Max Bessers Verlag, Berlin W 15). — Das Buch ist eine leichtfaßliche Einführung in die Kunst des Karikierens und wohl die erste Arbeit, die das vielseitige Thema sachlich, erschöpfend und gemeinverständlich behandelt. Die Kunst der Karikatur war bisher das Geheimnis einiger weniger Künstler, die keine Veranlassung oder Neigung hatten, das selbe preis zu geben oder aber die eben unbewußt schufen. Schalbach führt den Nachweis und gibt die Anleitung, nach der jeder es bis zu einer gewissen Fertigkeit in Karikaturenzeichnen bringen kann.

**Weidmannsfreude in Wald und Weide.** Von Günther Freiherr von Vichoffs-Hausen. Mit 48 Schwarzweißzeichnungen von Luise von Benda (Preis in Originalleinenband 5.50 M., Schöffens-Verlag Berlin W 85). — Der bisher nur in Zeitschriften als Jagdschriftsteller hervorgetretene Verfasser gibt in diesem Buch eine Sammlung fest-

ger eigenen Jagderlebnisse. Keine wilden Abenteuer, sondern lebendig geschriebene Schilderungen eines fein beobachtenden und mit seinem geliebten Wald und Wild eng verwaachsenen alten Jägers.

**Handel und Wirtschaft**  
**Berliner Devisennotierungen**

	12. Juli		11. Juli	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.48	169.82	168.86	169.20
Kopenhagen 100 Kr.	112.46	112.68	112.61	112.90
Italien . . . 100 L.	22.965	22.99	22.95	22.99
London . . . 1 Pf.	20.425	20.465	20.462	20.502
Newyork . . . 1 D.	4.207	4.2215	4.2145	4.2225
Paris . . . 100 Fr.	16.47	16.51	16.495	16.535
Schweiz . . . 100 Fr.	80.95	81.115	81.135	81.295
Wien 100 Schilling	59.24	59.36	59.33	59.45
Prag . . . 100 Kr.	12.47	12.49	12.492	12.512

**Staatsanzeiger**

**Bekanntmachung**  
**Staatsprüfung im Ingenieurbaufach im Jahr 1927.**  
Die nachgenannten Regierungsbauführer sind als in der Staatsprüfung im Ingenieurbaufach befindend erklärt und zu Regierungsbauameistern ernannt worden:  
Dr. rer. Theodor Ader von Kusel (Pfalz),  
Selmut Engel von Karlsruhe,  
Erich Link von Karlsruhe,  
Karl Scherer von Lauba,  
Karl Schmidt von Weinheim,  
Robert Schwabe, von Bremen  
Max Wagner von Waldbrich und  
Gans Werner von Karlsruhe.  
Karlsruhe, den 7. Juli 1927.  
Der Minister der Finanzen  
Schmitt

**Bekanntmachung**  
**Regierungsbaumeisterprüfung im Hochbaufach 1927.**  
Die Regierungsbauführer  
Arthur Döhler aus Basel,  
Karl Dörich aus Karlsruhe,  
Gustav Dirsch aus Biersfeld bei Wiesbaden,  
Josef Kaufmann aus Karlsruhe und  
Bruno Kautson aus St. Petersburg  
haben sich der Messtätigen Staatsprüfung im Hochbaufach unterzogen und sind für bestanden erklärt und zu Regierungsbauameistern ernannt worden.  
Karlsruhe, den 8. Juli 1927.  
Der Finanzminister  
Schmitt

**Personeller Teil**

**Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten**  
Aus dem Bereich des Ministeriums der Finanzen  
In den Ruhestand versetzt:  
Betriebsführer Johann Baptist Fuchs in Meersburg.  
Geleitort:  
Gendarmenwachmeister Konrad Key in Stetten a. T. M.

**Operette im Konzerthaus**  
Morgen Mittwoch, 13. Juli 1927, abds. 7<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr  
Die Ausstattungsoperette  
**Der ORLOW**  
Karten bei Müller, Kaiserstraße; Holzschuh, Werderstraße; Brunner, Kaiserallee; Konzerthauskassa und telefonisch (7260) zu Mark 1.50 bis 5.50.  
Donnerstag: Gräfin Mariza.

**Volksbühnenspiel Dügheim**  
Samstag, den 16. Juli, nachm. 2 Uhr  
**Gonderaufführung des „Tell“**  
G. 555 Spielzüge wie an Sonntagen.  
Schülerplätze in der Mitte 1 M., auf der Seite und hinten 50 Pf. Anmeldungen wollen sofort an die Theaterkasse Dügheim gerichtet werden.

**Gemeindesparkasse Eppelheim (öffentliche Sparkasse).**

**Bilanz per 31. Dezember 1926.**

Aktiva.		Passiva.	
	RM		RM
Darlehen gegen Hypothek.	57 114.10	Spareinlagen . . . . .	190 213.16
Reichsanleihe (Anleiheab-		Giroeinlagen . . . . .	86 219.98
lösungsschuld mit Ausl.		Anlehenskapitalien . . . .	177 103.41
Nichtn.)	1.—	Ausgaberrückstände . . . .	2 737.63
Schuldenscheinanleihe . . .	67 372.50	Rücklagen früherer Jahre	11 340.74
Wechselanleihe . . . . .	12 635.—	Reingewinn 1926 . . . . .	4 106.22
Darlehen in laufender Rechnung:			
1. bei Banken . . . . .	10 826.99		
2. bei Privaten . . . . .	293 584.86		
Einnahmerückstände . . . .	7 558.01		
Mobilien . . . . .	1 425.—		
Rassenbestand per 31. De-			
zember 1926 . . . . .	1 203.68		
	<b>451 721.14</b>		<b>451 721.14</b>

Eppelheim, den 31. Dezember 1926.  
G. 92  
**Gemeindesparkasse Eppelheim (öffentliche Sparkasse).**  
Der Verwaltungsrat: **Die Geschäftsleitung:**  
Andreas Jäger, Bürgermeister. **Riegler.**

**8%ige Goldanleihe**  
**der Stadt Mannheim vom Jahre 1926.**  
Die nach dem Tilgungsplan auf 1. Oktober 1927 zur Heimzahlung gelangenden Stücke der 8%igen Goldanleihe der Stadt Mannheim vom Jahre 1926 sind von der Stadt freihändig erworben worden. Eine Verlosung findet demnach in diesem Jahre nicht statt.  
Mannheim, den 1. Juli 1927.  
Der Oberbürgermeister. G. 556

**48 000 Mark**  
aus Erbschaft evtl. geteilt, geg. 6-7% an reelle Zinszahler abzugeben. Näh. durch B.N.Z. 8771 an ALA-Spannenstein & Vogler, Karlsruhe i. S.  
**Betten u. Schränke**  
sowie Möbel aller Art zu kaufen gesucht. Angebote an **Fr. Schuster, Karlsruhe, Ludwig-Wilhelmstr. 18.**

**Erstklassige**  
**Pianos**  
Harmoniums  
Sprech-Apparate  
empfiehlt die  
**Harmonium- u. Pianofabrik**  
**H. Goll A.-G.**  
Freiburg  
Filiale Karlsruhe  
Waldhornstr. 30 bei der Kaiserstr. Tel. 6835  
Günstige Monatsraten ohne Anzahlung. Kataloge kostenlos.

**Die Bahnhofswirtschaft in Heidelberg** wird auf 1. Januar 1928 neu vergeben.  
Auf Prozente vom Umsatz lautende und eine feste Jahresminderpacht zusichernde Pachtangebote sind mit Nachweisen über Befähigung, Leumund und Vermögensverhältnisse, verschlossen mit der Aufschrift „Pacht Bahnhofswirtschaft Heidelberg“, bis spätestens 8. August 1927, vorm. 10 Uhr, zu welcher Zeit die Angebote vor etwa erschienenen Bewerbern geöffnet werden, an das Reichsbahnbetriebsamt Heidelberg einzureichen. Pächterwohnung vorhanden.

den, ihr Mietwert ist im Pachtzins nicht inbegriffen. Pachtbedingungen können b. Betriebsamt eingesehen oder gegen 1 M. erhoben werden. Freie Auswahl unter den Bewerbern oder die Zurückweisung sämtlicher Angebote vorbehalten. Persönliche Vorstellungen bei der Reichsbahndirektion nur nach Aufforderung. Karlsruhe, 11. Juli 1927. Reichsbahndirekt. Karlsruhe.

**Freihändiger**  
**Rutzholz-Verkauf.**  
Forstamt Todmoos.  
Mittwoch, den 20. Juli 1927: 2200 Festm. Nadelstammholz. Losverzeichnisse durch das Forstamt. G. 99

Karlsruhe. G. 101  
Güterrechtsregistereinträge:  
1. Band XI, Seite 431: **Brenning, August, Schloffer, Hagsfeld und Emma geb. Rager.** Vertrag v. 30. Juni 1927. Erwerbungsgegenstand: Gemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau. 4. 7. 1927.  
2. Seite 432: **Kaufmann, Otto, Wagner, Karlsruhe** und Elsa geb. Müller. Vertrag vom 29. Juni 1927. Gütertrennung. 4. 7. 1927.  
3. Seite 433: **Kner, Otto** Robert, Kaufmann, Karlsruhe und Anna Ludwiga geb. Bassi. Durch den Vertrag vom 30. Juni 1927 wurde unter Aufhebung des Ehevertrags vom 8. August 1924 die Gütertrennung vereinbart. \* 7. 7. 1927.

4. Seite 434: **Def, Karl, Kaufmann, Karlsruhe** und Ilka geb. Hochherr. Vertrag vom 27. Juni 1927. Erwerbungsgegenstand: Gemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau. 7. 7. 1927.  
5. Seite 435: **Gangler, Emil, Kaufmann, Karlsruhe** u. Karoline geb. Böhler. Vertrag vom 5. Juli 1927. Gütertrennung. 8. 7. 1927. Badisches Amtsgericht.

**Lesen Bücher**  
**Wissen ist Macht!**

**Vergleichsordnung**

**Gesetz über den Vergleich zur Abwendung des Konkurses**  
Das neue Gesetz über den Vergleich zur Abwendung des Konkurses Vergleichsordnung, das an die Stelle der Geschäftsaufsichtsverordnung tritt, ist vom Reichstag angenommen worden. Sofort nach seiner Veröffentlichung im Reichsgesetzblatt geben wir eine Textausgabe heraus mit Inhaltsverzeichnis und Sachregister in handlicher Form und steifem Umschlag. Der billige Vorbestellungspreis von 70 Pf. ermöglicht jedem die Anschaffung.

Ausschneiden und einpendeln.  
Unterzeichneter bestellt beim **Verlag G. Braun in Karlsruhe**  
Stück der **Vergleichsordnung, Gesetz über den Vergleich zur Abwendung des Konkurses**, zum Vorbestellungspreis von 70 Pf. Der Vorbestellungspreis gilt bis zum 20. Juli.  
Name: ..... Ort: .....  
Beruf: ..... Straße: .....